

ProDG glaubwürdig ?

(Antwort auf Leserbrief «Vivant » von Freddy Cremer, 12.06.2013)

Werter Herr Cremer, in Ihrem Leserbrief weisen Sie Selbst darauf hin, dass man als DG-Minister einen großen Einfluss auf föderaler Ebene ausüben kann, siehe die interministerielle Konferenz zur gesellschaftlichen Integration unter dem Vorsitz von Herrn Mollers.

Seit 8 Jahren kämpft Vivant-Ostbelgien dafür, dass die arbeitende Bevölkerung in der DG, in Belgien und in der Eurozone nicht länger von den Strippenziehern des Euro-Schuldgeldsystems so ruchlos ausgebeutet wird. Ich bin davon überzeugt, dass sowohl die beiden Minister Ihrer Partei, Paasch und Mollers, als auch Ihr PDG-Kollege Alfons Velz und Sie selbst die strukturellen Probleme des Euro-Systems genauso kennen wie Vivant-Ostbelgien, dass die ProDG-Führung aber aus Angst um die beiden Ministerposten und um die Mehrheitsbeteiligung diesbezüglich Nichts sagt und Nichts unternimmt! Das ist für mich Heuchelei und im Grunde noch viel schlimmer als das, denn inzwischen sterben Menschen auf Grund der Verschuldung des Staates und der allgemeinen Verarmung, siehe z.B. die Tatsache, dass Bezieher kleiner Renten in der DG sich die notwendigen teuren Medikamente nicht mehr leisten können.

Belgien tauscht seine „sicheren“ Staatsbons gegen „unsichere“ Euros ein und zahlt dafür hohe Schuldzinsen, anstatt die belgischen Staatsbons direkt, ohne Umweg über den Euro, als paralleles, schuldenfreies Zahlungsmittel in Belgien einzusetzen. ProDG ignoriert den diesbezüglichen Vorschlag von Vivant-Ostbelgien, anstatt ihn zu unterstützen. Die EZB gibt Billionen Euros für 0,5% Zinsen an die Banken und die Banken verkaufen diese Billionen an die Staaten für bis zu 7% Zinsen: Die EZB müsste dieses Geld stattdessen direkt an die Staaten geben - zu 0% Zinsen! Dieses monströse Gaunerstück der EU wurde mit dem „ESM“ gesetzlich festgezurr, und Ihre Partei, ProDG, hat dieses Verbrechen im PDG gutgeheißen. Es war auch Ihre Partei, damals noch als PDB/PJU, welche den zu Grunde liegenden ausbeuterischen Lissabon-Vertrag im PDG nicht nur durch gewunken sondern sogar vehement verteidigt hat. Der nächste „EU-Diebstahl“ an den Menschen steht nun mit dem „Fiskalpakt“, dem „Spardiktat“, als Dekret kurz vor der Abstimmung im PDG. Entgegen Ihrer Partei, Herr Cremer, haben die Vertreter von Vivant-Ostbelgien im PDG den Mut und die Unabhängigkeit, dort „nein“ zu sagen, wo im Interesse der Menschen „nein“ gesagt werden muss!

Joseph Meyer, Klosterstrasse, St.Vith